



Stockhofe aus Berlin

Liebe Leserinnen und Leser!

Andere machen Wahlkampf, wir regieren weiter für unser Land. Die SPD verliert die Nerven: Der SPD-Parteivorsitzende vergreift sich in seiner Attacke auf die Bundeskanzlerin und findet Formulierungen, die eines Spitzenkandidaten einer demokratischen Partei unwürdig sind.

Auf die Genossen ist kein Verlass! Am heutigen Freitag der letzten Sitzungswoche einen Gesetzentwurf zur „Ehe für alle“ auf die Tagesordnung zu setzen, ging nur mit den Stimmen der Opposition. Für einen Koalitionspartner ist das ein schwerer Vertrauensbruch. Aber mit der Opposition hat die SPD dafür die erforderliche Mehrheit, also mit rot-rot-grün. Ich bin sicher, dass es der SPD nicht nützen wird, mit einem so emotional geladenen Thema Wahlkampf zu machen. Die Wählerinnen und Wähler in Deutschland werden erkennen, dass bei einer solch nervösen Truppe die Herausforderungen für unser Land nicht gut aufgehoben sind und dass man sich nicht auf sie verlassen kann.

Vier erfolgreiche Jahre für Deutschland – wir haben geliefert. Rekordbeschäftigung, die geringste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung, ein seit vier Jahren ausgeglichener Haushalt bei weiter steigenden Einnahmen des Staates – am Ende der Wahlperiode stimmt die Bilanz. Rekordsummen für Investitionen in die Infrastruktur, wachsende Renten und Löhne, mehr Geld für Bildung und Forschung. Die gute Entwicklung der Wirtschaft, aber auch die kluge Haushaltsführung erlauben es uns, Verkehrswege, Breitband, Kitas und Schulen noch stärker zu fördern als bereits geplant.

Eine erfolgreiche Bilanz. Dabei ist die Liste der Probleme, denen wir uns unvorhersehbar gegenüber sahen, beinahe so lang wie die der Erfolge. Ukraine-Krise, Brexit, die US-Präsidentenwahl – aber auch die noch andauernde Krise in Griechenland, die Unruhen in vielen Weltregionen, die die größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst haben. Deutschland sah und sieht sich neuen Anforderungen gegenüber, die uns grundlegend neue Antworten abverlangen.

Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel angeführte Bundesregierung hat ihren Kurs auch in einer schwierigen Zeit voller Herausforderungen unaufgereggt und mit Augenmaß gehalten. Deutschland hat Verantwortung übernommen. Wir haben unser Land vorangebracht. Deutschland ist ein verlässlicher Partner in Europa und der Welt. Das ist auch das, was die Mehrheit der Bürger in Deutschland erwartet.

Dafür steht die Union geeint und gemeinsam. Selbstbewusst werden wir diese Linie im nun beginnenden Wahlkampf vertreten.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Rita Stockhofe

Besserer Schutz vor Hasskriminalität in sozialen Medien

Die Debattenkultur im Netz ist insbesondere in sozialen Netzwerken häufig aggressiv und verletzend. Nicht selten erfolgt dies im Schutz der Anonymität. Dieser Umgang ist nicht schön, inakzeptabel wird er, wenn dadurch geltendes Recht verletzt wird.

Schon heute sind Betreiber sozialer Netzwerke wie Facebook und Twitter verpflichtet, Rechtsverletzungen wie Volksverhetzung, Beleidigungen und Verleumdungen im Internet unverzüglich zu löschen, wenn sie davon Kenntnis erlangen. Dieser Verpflichtung, die auch im EU-Recht verankert ist, kommen die Unternehmen bisher nicht mit ausreichender Gründlichkeit nach. Gelöscht wird derzeit intransparent und nach eigenen unternehmensinternen Richtlinien, die übrigens weit mehr als bloße Rechtsverletzungen erfassen.

Wir müssen dem Prinzip Geltung verschaffen, nach dem in der virtuellen Welt die gleichen Regeln gelten wie in der realen. Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz verpflichten wir deshalb die Betreiber großer sozialer Plattformen, ein wirkungsvolles System in Form eines Beschwerdemanagements aufzubauen, das die Durchsetzung geltenden Rechts gewährleistet, damit Hinweise von Bürgern über Rechtsverletzungen nicht nur dankend entgegen genommen, sondern bearbeitet werden und in offensichtlichen Fällen auch schnell gelöscht wird. Dort, wo Rechtsverletzungen nicht auf den ersten Blick klar sind, haben Unternehmen mehr Zeit zu Bearbeitung. Damit in diesen Fällen eine Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit ausgeschlossen ist, haben wir im parlamentarischen Verfahren dafür gesorgt, dass Plattformen nach dem Vorbild des Jugendmedienschutzes unabhängige Entscheidungseinrichtungen einbinden können. Ohnehin drohen Plattformbetreibern keine Bußgelder, wenn einzelne Hasskommentare nicht gelöscht werden. Sanktioniert wird nur, wenn kein wirksames Beschwerdemanagement errichtet wird. Zudem müssen die Unternehmen zukünftig einen sogenannten Zustellungsbevollmächtigten in Deutschland benennen, an den Auskunftersuchen für die Durchsetzung von Ansprüchen gerichtet werden können. Bisher verweisen Unternehmen häufig an ausländische Dienstsitze, was die Rechtsverfolgung faktisch ins Leere laufen lässt. Auch schaffen wir einen wirksamen und durchsetzbaren Anspruch auf Feststellung der Identität des Verletzers. Das Bundesamt für Justiz wird zukünftig beaufsichtigen, dass die Betreiber ihren Pflichten auch nachkommen.

Gesetz zur Förderung von Mieterstrom und zur Änderung weiterer Vorschriften des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

In zweiter und dritter Lesung haben wir eine stärkere Förderung von Mieterstrommodellen beschlossen, um auch Mieter an der EEG-Förderung zu beteiligen. Dafür wollen wir Photovoltaikstrom fördern, der von Hausdachanlagen direkt an die Mieter geliefert wird. Die Höhe der Vergütung liegt je nach Anlagengröße zwischen 2,2 und 3,8 Cent pro kWh bei einer Deckelung des Mieterstromausbaus auf jährlich 500 Megawatt. Mieter haben dabei die Wahlfreiheit, ob sie Mieterstromangebote nutzen wollen oder nicht.

Frauen tragen immer stärker zum Haushaltseinkommen bei

Der Anteil, den Frauen in Deutschland zum Nettoeinkommen in Paarhaushalten leisten, ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Dies ergab eine jüngst veröffentlichte Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) auf Basis einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Während 1998 die Erwerbsarbeit von Frauen nur rund ein Viertel des Nettoeinkommens in Paarhaushalten ausmachte, stieg der Anteil bis 2013 auf über ein Drittel. Die Gründe hierfür sieht das BiB in einer allgemein höheren Erwerbstätigenquote von Frauen sowie in deren verbesserter beruflicher Qualifikation. Obwohl die aus der Kinderbetreuung resultierende geringere Erwerbstätigkeit von Frauen als ein bestimmender Faktor für Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern gilt, ist der Beitrag am Haushaltseinkommen bei allen Frauen in ähnlichem Maße gestiegen - und zwar unabhängig von der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder.

(Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung)

Meine Termine vor Ort

01.07.2017, 14.00 Uhr	Karussell-Einweihung auf dem Spielplatz Heinrich-Heine-Str. in Marl Brassert
04.07.2017, 16.30 Uhr	Vortrag „Aktuelle Wirtschaftspolitische Herausforderungen“ beim Wirtschaftsrat Recklinghausen
05.07.2017, 09.00 Uhr	Gespräch mit Schülern der Rosa-Park-Schule in Herten
07.07.2017, 11.00 Uhr	Eröffnung Stadtmühlenbucht in Haltern am See
07.07.2017, 18.00 Uhr	Auftaktgrillen mit Wahlkampfteam Rita Stockhofe
08.07.2017, 11.00 Uhr	Wahlkampfauftakt und Sommerfest der CDU Marl, Am Erzscht
08.07.2017, 14.00 Uhr	Talkrunde mit Paul Ziemiak beim Sommerfest der CDU Marl
11.07.2017, 15.00 Uhr	Sommerfest der Senioren Union Herten
12.07.2017, 10.00 Uhr	Senioren Union Datteln
14.07.2017, 10.00 Uhr	Bürgersprechstunde Oer-Erkenschwick
19.07.2017, 11.00 Uhr	Besuch DECO Computer GmbH in Recklinghausen
20.07.2017, 15.30 Uhr	Besuch bei Evonik mit der Frauen Union Ruhr
22.07.2017, 14.00 Uhr	Sommerfest Kleingartenverein Arbeit und Freude, Oer-Erkenschwick